

Bernhard Sander

Kritik an Aggelidis' „Thesepapier zur Energiepolitik“

Angesichts hoher Strom- und Heizkosten ist es wichtig, dass der Landesvorstand darüber eine Diskussion beginnt, welche energiewirtschaftlichen Vorstellungen DIE LINKE hat. Wenig Verständnis habe ich allerdings für die Form, in der dies geschieht. Beim Kohle-Kolloquium hat es sich bewährt, erst einmal Informationen für die Mitglieder bereitzustellen. Der damalige Landesvorstand wusste und akzeptierte, dass es unterschiedliche Meinungen an der Basis der Partei zum Thema gab.

Einigkeit dürfte bestehen, dass DIE LINKE für Sozialtarife für Einkommensschwache eintreten muss. Da aber auch alle anderen unter den hohen Preisen leiden, brauchen wir im ersten Schritt die Wiedereinführung der Genehmigungspflicht für Energiepreise durch das Landwirtschaftsministerium, wie sie vor der sogenannten Liberalisierung bestand. Damit kann man ganz konkret vor Ort Politik machen. Die Forderung unserer Landespolitischen Leitlinien nach (Re-)Kommunalisierung der Versorgungswirtschaft und der vollen wirtschaftlichen Betätigung der Städte und Kreise ist ebenfalls unumstritten; die Anti-Privatisierungskampagne, für die Jürgen Klute und Sahra Wagenknecht im Bundesvorstand zuständig sind, arbeitet daran. Ebenso ist ausdrücklich zu unterstreichen, was Gen. Aggelidis in Ziffer 8 über die Illusionen schreibt, die mit einem Anbieter-Wechsel verbunden sind.

In NRW arbeiten einige Zehntausende Menschen für Stadtwerke und Energiekonzerne, die wir nur mit Sachkunde von unseren Positionen überzeugen können. Daher möchte ich dem Gen. Aggelidis meine Mithilfe anbieten, um weitere Positionen zu erarbeiten.

Beginnen möchte ich mit der Darstellung der Ungereimtheiten, denn in diesem Rahmen hat eine Gesamtdarstellung der energiewirtschaftlichen Zusammenhänge zu wenig Platz :

1. (zu Ziffer 9) Dänemark hat sein Energie-Unternehmen Dong zwar "in staatliche Gesellschaft überführt", doch das war früher. Heute will man das Unternehmen an die Börse bringen und hat das nur wegen der aktuellen Verwerfungen an den Aktienmärkten gerade verschoben. Die Eigentumsform des Stromversorgers allein schützt nicht vor Preistreiberei: Die von Gen. Aggelidis nicht erwähnte 100% staatliche EDF in Frankreich macht über ihre Beteiligung z. B. an der ENBW ganz normales kapitalistisches Geschäft in Deutschland. Ebenso operiert die staatliche schwedische Vattenfall in Deutschland als einer der 4 Großen mit enormen Preissteigerungen.
2. Gen. Aggelidis schreibt in Ziffer 13: "Für Kleinaktionäre und die öffentlichen Aktionäre gibt es marktkonforme Entschädigungen". Hier ist Präzisierung nötig, da wir die Hoheit der Aktienmärkte nicht ohne weiteres anerkennen, an denen dieser Marktpreis ermittelt wird. Jede/r Beobachtende weiß, dass die Kurse bei Übernahmegerüchten stark nach oben schnellen - und das soll an Kleinaktionäre ausgeschüttet werden?! Ab wieviel Aktien hören die auf, Kleinaktionäre zu sein? Warum sollen öffentliche Aktionäre überhaupt ausscheiden?! Solange einige NRW-Städte noch mehr als 25% Anteile an RWE halten, kann dieses Unternehmen nicht umstandslos an einen Finanzinvestor verkauft werden. Und daher sollten alle Stadträte der Linken solche Vorschläge ihres Kämmerers zum Aktienverkauf eher ablehnen.

3. In Ziffer 14 heißt es: "Auflösung aller internen Konzernverschachtelungen und aller Verbindungen der Konzerne mit anderen Konzernen". Hier herrscht ein Bild von Großunternehmen, dass dem Finanzmarkt getriebenen Kapitalismus leider nicht mehr adäquat ist. Börsennotierte aber auch andere Unternehmen haben sich in Einzelgesellschaften aufgegliedert, um innerhalb des Konzerns Marktgesetze wirken zu lassen. Das wird wohl nicht gemeint sein. Die RWE bspw. hat sich seit 2005 mindestens zweimal reorganisiert und ist von 13 auf heute 7 Dachgesellschaften verschlankt worden; die nächste Reorganisation ist im Gange. Die Beteiligungen an Stadtwerken müssen unterschieden werden zwischen Beherrschten Unternehmen und Minderheitsbeteiligungen, was soll denn nun aufgelöst werden? "Dann werden die '4 Großen' in möglichst viele kleine selbstständige Unternehmen entflochten", womit aber keineswegs die Konkurrenz, d.h. das Abwerben vom Kunden bei anderen Unternehmen und damit der Preiskampf und Kostendruck im einzelnen Unternehmen aufgehoben ist. Worin besteht der Nutzen von „möglichst viele“ und "Kleinheit"? Vor allem: Wer betreibt dann die internationalen und 360 KV- bzw. 110 KV-Leitungen? Denn man braucht leistungsstarke internationale Netze, die größten Windparks stehen z.B. an der Küste. Hier müssten wir noch Modelle entwickeln. Über den diskriminierungsfreien Netzzugang wacht heute die Bundesnetzagentur.
4. Rein betriebswirtschaftlich scheint die Argumentation auch nicht ganz begriffssicher: In Ziffer 4 wird die erhobenen Netzdurchleitungsgebühren umstandslos allein in Investitionen und Profit zerfällt; aber die Rückstellungen spielen gerade in Unternehmen eine wichtige Rolle, deren Investitionen auf 30-50 Jahre ausgelegt sind. Diese Rückstellungen erlauben dann wiederum Unternehmenszukäufe z. B. im Wassersektor.
5. Am Sachverhalt der Preissteigerungen muss sicherlich Kritik geübt werden. Aber die richtige. In Ziffer 10 wird dazu argumentiert: „In einer kapitalistischen warenproduzierenden Gesellschaft sind sie (die großen 4) an einem hohen Stromabsatz interessiert, um ihre Profite zu steigern“ Das ist leider falsch: Profit ist ein Wertmaß, das erst einmal nur die Differenz zwischen dem vorgeschossenen Kapital und dem verkauften Warenwert ausdrückt; daher sind die Konzerne darauf erpicht, alle Produktionskosten so gering wie möglich zu halten: Löhne zu drücken, Investitionen hinauszuzögern, möglichst billige Primärenergien einzukaufen usw. Die Konkurrenz um die günstigste Kostenstruktur treibt die Produktivitätsentwicklung an. Der Umsatz oder Absatz entscheidet auf dieser Basis also nur mit über die Profitmasse; dies ist auch das, was dem Kapitalisten vor Augen steht.
6. Kommen wir in Ziffer 17 zum argumentativen Höhepunkt des selbsternannten Marxist Aggelidis: "Die Stromproduktion und -distribution wird dann nicht mehr als Warenproduktion betrieben", wenn das Netz verstaatlicht / vergesellschaftet sei. Mal abgesehen davon, dass Warenproduktion nach Marx ganz unterschiedlichen Produktionsweisen angehört und damit auch für sozialistische Gesellschaften fort dauert. Warenproduktion verschwindet nicht durch die Vergesellschaftlichung / Verstaatlichung einer *einzelnen* Branche: Mindestens solange das Kapitalverhältnis in der umgebenden Ökonomie das dominierende ist, werden die Produkte auch zu Preisen abgegeben werden müssen, weil die Produktionsfaktoren bezahlt werden müssen: Lohn, Kohle, Abschreibungen für Investitionen usw. Weiter gilt: Eine Verstaatlichung, die an den Landesgrenzen NRW aufhört (da der Gen. Aggelidis vom Landtagswahlkampf schreibt, meint er ja wohl auch nur diese), hebt die Warenproduktion nicht auf. Die Netze überschreiten die Landesgrenzen physisch und die Durchleitung durch nicht verstaatlichte Teile vor diesen Grenzen wird als Gewinnproduktion betrieben, also müssen bei Übergabe des Stroms (oder

Gas) an der NRW-Landesgrenze für diesen Durchleitungstransport Preise bezahlt werden. Bereits mehrfach habe ich darauf hingewiesen, dass die Verstaatlichung der Netze überhaupt zu gar nichts führt, solange privatwirtschaftliche Strom-*Produktion* nicht anders als gewinnorientiert betrieben werden kann. Die Verknappung der Erzeugungskapazitäten ist bereits heute Fakt, und damit lassen sich Preise treiben von der Angebotsseite her.

Am Ende des Thesenpapiers wird zusammen gefasst: "Strompreise senken - RWE demokratisch kontrollieren" ist sicher richtig, aber wir dürfen in agitatorischer Selbst-Berausung nicht vergessen, dass mit E.ON noch ein weiterer Energie-Konzern seine Zentrale in NRW hat und dass MVV, ENBW und andere Energie-Unternehmen außerhalb von NRW schon lange an lokalen Energieversorgern beteiligt sind. Nichts von alledem heizt *heute* der armen Rentnerin die Bude oder liefert dem Hartz-IV-Empfänger den Strom für den Ausdruck seiner Bewerbungsschreiben. Dass Gen. Aggelidis in Ziffer 19 dann per ordre de mufti bestimmt, dass damit die Partei in den Landtagswahlkampf ziehen werde, lässt auf eine bedenkliche Einstellung gegenüber dem Willen von Basis und Parteitagern schließen.

Wo bleibt das Positive? Die Vergesellschaftung der Großversorger und die Re-Kommunalisierung der Versorgungswirtschaft bleibt das Ziel.

- Auf bürgerlicher Seite diskutiert man bereits die Trennung der Versorgungskonzerne von ihren Stadtwerke-Beteiligungen; das könnten wir als ersten Schritt auch überlegen. Aber da nur ein Teil der Stadtwerke selbst nennenswert Energie produziert, wären sie von den großen Vorlieferanten RWE, E.ON, Vattenfall und ENBW weiter abhängig – damit vom Atom- und Braunkohlestrom. Gestatten wir also den Stadtwerken den Aufbau eigener Produktionskapazitäten in öffentlicher Hand?
- Zentrale Forderung muss zuallererst die nach der Transparenz der Kosten und Erlöse sein. Erst auf Basis einer demokratisch kontrollierten Geschäftspolitik kann dann über umweltfreundliche Energien und soziale Preisgestaltung sinnvoll gesprochen werden. Entsprechend müssten Beiräte von Verbrauchern und Umweltschützern ebenso wie die Eigentümer und Beschäftigte über die Geschäftspolitik mitbestimmen.
- In dem Art. 15 Grundgesetz ist die Entschädigung zwingend vorgeschrieben. Doch wer bringt diese immensen Summen auf: Möglicherweise Zusammenschlüsse von Stadtwerken, die dem Staat diese Konzerne wieder abkaufen. Die Kommunen waren einmal die Mehrheitseigentümer von RWE, VEW, ENBW usw., bevor die politisch erzeugte Finanznot sie zum Verkauf ihrer Anteile zwang.